



PINNBRETT

Isolierte Juristen

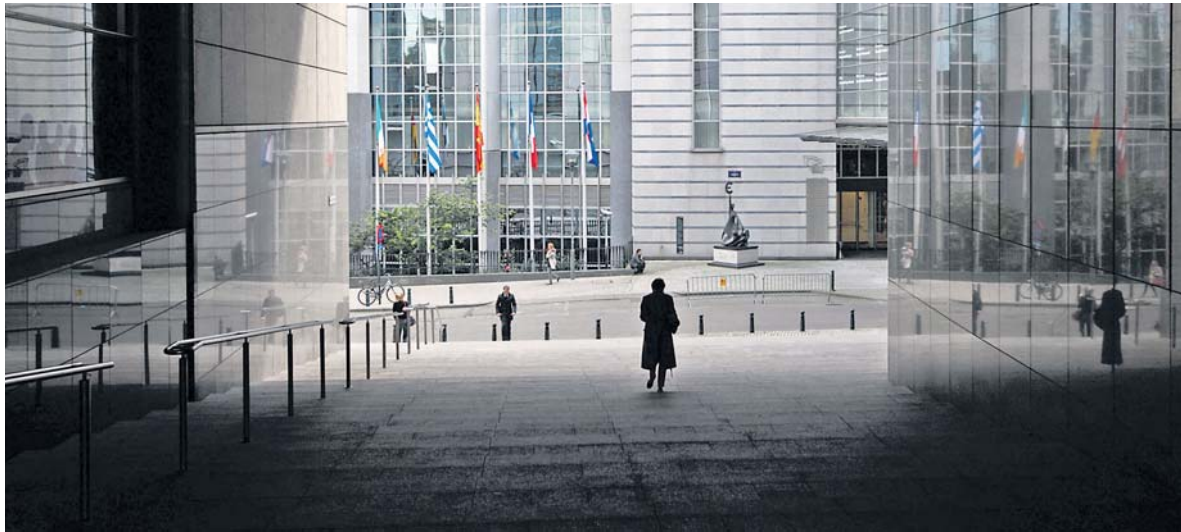
Viel Konkurrenzdenken und große Anonymität: In Jura ist das soziale Klima rauer als in anderen Fächern. Das hat eine Studie des Bundesbildungsministeriums ergeben. So sagen 45 Prozent der Jurastudenten, dass Konkurrenzdenken in ihrem Studium weit verbreitet sei. Zum Vergleich: In den Kultur- und in den Ingenieurwissenschaften empfinden das nur neun Prozent so. Gleichzeitig fühlt sich mehr als jeder zweite angehende Jurist in seinem Fach isoliert. In keinem anderen Studiengang gibt es ähnlich hohe Angaben. Am wenigsten verstehen Medizinstudenten das Problem. Hier fühlt sich nicht einmal jeder Fünfte isoliert. Für die Studie hat die Arbeitsgruppe Hochschulforschung der Universität Konstanz im Winter 2012/13 knapp 4900 Studenten befragt. DPA

Zufriedene Mehrheit

Das Pensum überfordert viele: 36 Prozent der Studenten an deutschen Hochschulen hat Schwierigkeiten, den Lehrstoff zu bewältigen. Das zeigt der Studiengütemonitor des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung in Hannover. Bei der repräsentativen Online-Befragung beklagt jeder Dritte außerdem zu wenig Freiraum, um Wissenslücken aufzuarbeiten. Zwei Drittel haben Schwierigkeiten, einen Auslandsaufenthalt zu machen, ohne dass sich ihr Studium verzögert. Mehr als jeder Dritte klagt über zu wenig Flexibilität in der Studiengestaltung. Insgesamt hat die Mehrheit allerdings wenig zu meckern: Fast zwei Drittel sind mit den Studienbedingungen unterm Strich zufrieden. DPA

Ohne Unterbrechung

Studenten haben sich in jüngerer Zeit seltener eine Auszeit genommen als früher. Nach Angaben des Deutschen Studentenwerks haben nur neun Prozent der Studierenden im Sommersemester 2012 einmal für eine Zeit lang ausgesetzt. Damit ist seit 2003 der Anteil kontinuierlich zurückgegangen. 2003 lag er bei 15 Prozent. Berücksichtigt wurden nur Studenten im Erststudium. Grund für die Unterbrechung sind bei etwa jedem Vierten Zweifel am Sinn des Studiums. Fast genauso viele setzen wegen gesundheitlicher Probleme aus. Jeder Fünfte musste arbeiten oder wollte andere Erfahrungen sammeln. Mehrfachnennungen waren möglich. DPA



Normalerweise werden Jobs bei EU-Institutionen über das sogenannte Concours-Verfahren vergeben. Doch der Weg über ein spezielles Postgraduate-Masterprogramm ist ebenfalls aussichtsreich. FOTO: BLOOMBERG

Viele Wege führen nach Brüssel

Der Master Europawissenschaften ist der einzige Studiengang, den drei Berliner Universitäten gemeinsam gegründet haben – auf Anregung des Auswärtigen Amts. Die Absolventen sollen auf Jobs bei der EU, in Parlamenten, Lobbyverbänden oder Botschaften vorbereitet werden

VON MIRIAM HOFFMEYER

Die entscheidende Sitzung in Berlin steht kurz bevor: Wird die Europäische Zentralbank zum ersten Mal in ihrer Geschichte Kreditforderungen der Banken an Unternehmen aufkaufen? Jeder Teilnehmer muss sehr genau über die aktuelle Geldpolitik informiert sein, um seine Rolle überzeugend zu spielen – als EZB-Präsident, als Berichterstatter aus dem Direktorium oder als Präsident einer nationalen Zentralbank. Das Ergebnis: so offen wie bei der echten Sitzung, die am 19. November in Frankfurt stattfindet.

Die Simulation einer EZB-Ratsitzung ist ein fester Bestandteil des einjährigen Postgraduate-Masterprogramms „Europawissenschaften“. Der einzige Studiengang, den alle drei Berliner Universitäten gemeinsam tragen, blickt aus drei unterschiedlichen Perspektiven auf die EU: rechtlich, wirtschaftlich und politisch. Viele Dozenten arbeiten im Hauptberuf bei der EU-Kommission, im Auswärtigen Amt oder in einem Bundesministerium.

Mehr Deutsche auf EU-Posten – mit diesem Ziel wurde der Studiengang gegründet

Die etwa 20 Studenten, die pro Jahr aufgenommen werden müssen, sind überdurchschnittlich Masterabschluss im Erststudium und gute Kenntnisse der deutschen, englischen und einer weiteren europäischen Sprache mitbringen. Außerdem sollen sie einschlägige Berufs- oder Praktikumserfahrungen haben. Das Programm richtet sich in erster Linie an Politikologen, Wirtschaftswissenschaftler und Juristen, doch werden auch Absolventen anderer Fächer aufgenommen.

Mehr Deutsche auf EU-Posten zu bringen, war das Ziel, als der Studiengang 1998 auf Initiative des Auswärtigen Amts ins Leben gerufen wurde. Einige Absolventen arbeiten auch bei der EU-Kommission oder anderen europäischen Institutionen. Doch ist der direkte Weg nach Brüssel für die Absolventen eher die Ausnahme als die Regel. Denn im „Concours“, dem offiziellen Bewerbungsverfahren für die höhere Beamtenlaufbahn in der EU, konkurrieren im Durchschnitt mehr als hundert Kandidaten um einen Platz.

„Der Concours ist eine Ochsenotour“, sagt Professor Horst Tomann, Leiter der Gemeinsamen Kommission, die den Studiengang für die drei Universitäten koordiniert. Deshalb empfehle er seinen Absolventen eher andere Wege nach Brüssel: „Man kann sich beispielsweise beim Auswärtigen Amt oder beim Bundesfinanzministerium bewerben und sich von dort aus nach Brüssel delegieren lassen, das geht schneller und einfacher.“

Vor ihrem Studium der Europawissenschaften hielt die Diplom-Kulturwirtin Karina Häuselmeier den diplomatischen Dienst für „völlig unerreichbar“. Doch dann ergatterte sie für das Pflichtpraktikum, das die Studenten zwischen den beiden Semestern machen müssen, einen Platz im Auswärtigen Amt. „Ich habe mich dort mit vielen Leuten unterhalten und gemerkt, dass die Chancen doch nicht so schlecht sind.“ Häuselmeier bereitete sich gemeinsam mit Kommilitonen gezielt auf die Aufnahmeprüfung für den höheren Dienst im Auswärtigen Amt vor. Heute ist sie dort als Referentin zuständig für die Beziehungen zwischen der EU und den USA. Regelmäßig greift die 36-Jährige auf ihr Netzwerk aus der Studienzeits zurück. „Ich habe Studienfreunde im Kanzleramt, im Innenministerium und in der EU-Kommission.“

Wenn ich eine Information brauche, kann mir immer jemand weiterhelfen.“

Gleichzeitig mit den Berliner Europawissenschaften wurden in Bonn, Saarbrücken und Hamburg einjährige Schwesterstudiengänge gegründet, die ebenfalls vom Auswärtigen Amt gefördert werden. Jedes Jahr am 9. Mai, dem Europatag, treffen sich Dozenten und Studenten aus allen vier Städten in Berlin. Das Postgraduate-Masterprogramm „Europäisches und in-

Die Uni Bonn hat genau erfasst, wo die bisherigen Absolventen beruflich gelandet sind

ternationales Recht“ der Universität Saarbrücken ist im Unterschied zu den anderen Studiengängen nicht fächerübergreifend, sondern rein juristisch. Pro Jahr werden etwa 75 Bewerber aufgenommen. Das englischsprachige Programm des Europa-Kollegs Hamburg richtet sich vorrangig an Teilnehmer aus Ost- und Südosteuropa. Während von Berlin Studenten der Europawissenschaften nur etwa ein Drittel aus dem Ausland kommt, liegt der Anteil in Bonn bei 80 Prozent, in Saarbrücken und Hamburg noch höher.

Die „European Studies“ der Universität Bonn haben am meisten Ähnlichkeit mit den Berliner Europawissenschaften. Allerdings findet das Bonner Programm komplett auf Englisch statt, auch ist kein Praktikum eingeplant. Dafür unternehmen die etwa 30 Studenten Exkursionen nach Brüssel, Luxemburg, Straßburg und Berlin. „Dabei treffen sie auch Ehemalige, die ihnen Tipps geben, wie man in Brüssel einen Fuß in die Tür bekommt“, sagt Programm-Koordinator Ralf Meyer.

In Bonn wurde genau erfasst, wo die bisherigen Absolventen gelandet sind: 270

Prozent haben es in europäische Institutionen geschafft. Mehr als doppelt so viele sind bei Beratungsunternehmen oder Lobbyverbänden tätig, die mit der EU zu tun haben. 15 Prozent der Absolventen arbeiten in nationalen Ministerien, Parlamenten oder Botschaften, ebenso viele in Forschung und Bildung. Weitere zwölf Prozent der Bonner Absolventen haben sich für eine Konzernkarriere entschieden.

Zu ihnen gehört der Diplom-Kaufmann Martin Zimmek, Strategiemanager beim Flugzeug- und Zughersteller Bombardier in Berlin. „Das Studium in Bonn war spannend, weil es breit angelegt ist und nicht

monothematisch wie ein MBA“, sagt er. „In unserem Jahrgang waren wir eine bunte Truppe mit Studenten aus Europa, Amerika und Asien.“ Auch heute arbeitet Zimmek mit Kollegen aus der ganzen Welt zusammen. „Bei meiner Bewerbung war es sicher von Bedeutung, dass ich einen internationalen englischsprachigen Studiengang absolviert hatte“, sagt er. Entscheidend für die berufliche Richtung, die Absolventen der Europawissenschaften einschlagen, ist nach Zimmeks Einschätzung letztlich das Erststudium. Der Postgraduate Master sei eher ein „Bonus“ – der bei der Bewerbung aber den Ausschlag geben kann.

JACOBS UNIVERSITY

GET READY TO BECOME A GLOBAL PLAYER

Vivian Sadler - Germany - Biochemistry and Cell Biology (BSc)

FEEL THE JU SPIRIT YouTube f+ g+

APPLY NOW! JACOBS-UNIVERSITY.DE

FRIEDRIKE EBELING/DPA

Beirut statt Barcelona

Ein Auslandssemester in einem Entwicklungsland ist ungewöhnlich, aber lohnend

Als Lucas Lamberty im September 2012 in Beirut aus dem Flugzeug stieg, waren die Einschusslöcher in der Hausfassade das Erste, was ihm auffiel. „Ich hatte einen wirklich großen Kulturschock“, sagt Lamberty, der ein Auslandssemester an der American University im Libanon verbracht. Er studiert Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg, und seine dem einsemestrigen Auslandsaufenthalt hat er den Nahen Osten für sich entdeckt – als Forschungsschwerpunkt. „Für die Untersuchung des Umbruchs in den arabischen Staaten kann solch ein Vorhaben durchaus sinnvoll sein“, sagt Anke Sobieraj von Deutschen Akademischen Austauschdiensten (DAAD).

Die Liste der Partnerschaften zwischen deutschen Hochschulen und Entwicklungsländern ist derzeit noch recht übersichtlich. Das liegt auch daran, dass sich die meisten Studierenden für ein Industrie-land entscheiden: 2011 waren mehr als 6000 deutsche Studenten in Frankreich, aber nur 21 in afrikanischen Ghana. Lässt sich in der Datenbank der Heimatuniversität keine passende Partnerschaft finden, können Studenten ihr Vorhaben auch auf eigene Faust organisieren. „Ich bin damals als Free Mover in den Libanon gegangen, weil meine Uni keine Kontakte nach Beirut hatte“, erzählt Lamberty. Um das Semester im Ausland nicht wiederholen zu müssen, sollte in jedem Fall mit der Heimatuniversität geklärt sein, ob die Kurse angerechnet werden können.

Der DAAD empfiehlt, ein Jahr vor dem Gastsemester mit der Vorbereitung zu beginnen. Ein Visum zu beantragen, koste

Zeit. Einige Länder fordern eine medizinische Bescheinigung des Hausarztes oder ein Führungszeugnis für die Einreise. Als Lamberty alle Unterlagen zusammen hatte, wollte der Postangestellte seine Bewerbung erst nicht entgegennehmen: Für den Libanon gebe es doch sicherlich ein Embargo. „Es sind oft banale Sachen, die Nerven kosten“, so Lamberty. „Davon sollten sich Bewerber aber nicht entmutigen lassen.“

Wenn eine Reisewarnung ausgesprochen wird, stoppt der DAAD das Austauschprogramm

Lamberty ist Stipendiat einer staatlichen Stiftung, die ihn während seines Aufenthalts finanziell unterstützt hat. Es gab einen Auslandszuschuss und eine Reisekostenpauschale. Die Bereitschaft, ihn finanziell zu unterstützen, sei groß gewesen – auch weil er sich für ein ungewöhnliches Studienland entschieden hatte. Daneben gibt es die klassische Finanzierungsvariante durch den DAAD. Die Stipendienbank des Austauschdienstes gibt einen Überblick über mögliche Förderungen. „Wird für ein Land eine Reisewarnung ausgesprochen, stoppen wir die entsprechenden Programme“, sagt Sobieraj. Außerdem kann der Bewerber Auslands-Bafög beantragen. Finanziert werden Reisekosten und Krankenversicherung. Zudem gibt es einen Auslandszuschlag. Mögliche Studiengebühren unterstützt das Amt mit bis zu 4600 Euro im Jahr.

Neben der Bewerbsunterlagen sollten Studenten auch kulturell vorbereiten und ein

realistisches Bild von dem Land entwickeln. „Den Libanon mit Kamele und Wüste zu verbinden, ist der falsche Ansatz“, sagt Lamberty. Die Internationale DAAD-Akademie bietet Kurse an, in denen Studierende auf den Auslandsaufenthalt vorbereitet werden, die Kosten liegen bei 200 Euro. Darüber hinaus haben einige Universitäten einen Career Service mit entsprechenden Lehrveranstaltungen. „Hier lernt man Umgangsformen und wird auf mögliche kulturelle Missverständnisse hingewiesen“, sagt Antje Karbe von der Universität Tübingen.

Das Leben in einem Entwicklungs- oder gar Krisenland kann gefährlich sein. „Während meiner Zeit in Beirut gab es einen Bombenanschlag. Ich habe zwar erst durch die Presse davon erfahren, aber die Folgen am Tatort sahen furchtbar aus“, berichtet Lamberty. Über aktuelle Reisewarnungen zu Unruhen oder Naturkatastrophen gibt das Auswärtige Amt Auskunft. Für den Erstfall sollten sich Studenten in den elektronischen Datenbanken der deutschen Auslandsvertretungen registrieren. „Trotz der Situation im Libanon habe ich mich nie unsicher gefühlt“, sagt Lamberty. Zu seinen angenehmen Erinnerungen gehört die Atmosphäre im Wohnheim, wo er mit Studenten aus Jordanien, Syrien oder dem Libanon auf einer Etage lebte. Oder die Falafelläden auf der Straße. Heute engagiert er sich in einer Hilfsorganisation, die syrische Flüchtlinge im Libanon unterstützt. Mit dem Land will er sich auch in seiner Bachelorarbeit beschäftigen. „Der Nahe Osten hat mich nie mehr losgelassen.“

FRIEDRIKE EBELING/DPA